

SOFORTHILFE: SAAR-REGIERUNG MUSS BEI DER HÖHE NACHSTEUERN

Tressel: Soforthilfen zwischen 5.000 und 30.000 Euro wie in Bayern gewähren.

Der saarländische Bundestagsabgeordnete und Grünen-Landeschef Markus Tressel hat die jetzt angekündigte Soforthilfe für Unternehmen begrüßt, fordert die Landesregierung aber auf, beim angekündigten Soforthilfe-Programm nachzusteuern. Zugleich sei heute bereits absehbar, dass weder das Volumen des Zuschussprogramms, noch das überschaubare Kreditprogramm ausreichen. Tressel erwartet, dass notwendige Hilfsgelder schnellstmöglich fließen und fordert die Landesregierung auf, notfalls ihre Notbewilligungskompetenz gemäß Artikel 107 der Saar-Verfassung in Betracht zu ziehen.

SEITE 3



#supportyourlocalstore

**AUCH IN DER KRISE:
UNTERSTÜTZE
DEN ÖRTLICHEN HANDEL.**
Damit unsere Dörfer und Innenstädte
ihr Gesicht behalten.

 Markus Tressel, MdB

In der #Corona-Krise leiden auch der stationäre Handel und die Gastronomie massiv. Man stelle sich vor, die Fachgeschäfte, der lokale Handel, wären nach der Krise alle weg! Damit nach Corona unsere Dörfer und Innenstädte noch Vielfalt an Geschäften, Restaurants, Cafés und Kneipen haben, brauchen diese jetzt unsere Unterstützung! Zum Beispiel liefern viele, auch kleine, Läden jetzt -idealerweise kontaktlos- nach Hause. Lokale Buchhandlungen bieten jetzt vielerorts einen Versandservice an. Oder kauft online bei kleinen Geschäften Gutscheine, die Ihr nach der Krise einlöst.

Egal wie: #supportyourlocal



Liebe Leserinnen und Leser,

das Corona-Virus verbreitet sich weiter rasant. Die Pandemie verlangt uns alles ab und stellt uns und die ganze Welt vor eine gewaltige Herausforderung. Wir müssen unser Gesundheitssystem schnellstmöglich stärken und zugleich **die sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise auffangen**. In dieser Verantwortung sind alle staatlichen Ebenen und jeder Einzelne von uns.

Für die Bundesebene haben wir als Grüne im Bundestag dazu in den vergangenen Tagen intensiv mit der Bundesregierung und den anderen demokratischen Fraktionen im Bundestag zusammengearbeitet, um ein gemeinsames Gesetzespaket zu schnüren. Der Bundestag hat dieses am Mittwoch, der Bundesrat heute, beschlossen.

In den Beratungen konnten wir wichtige Verbesserungen durchsetzen. Insbesondere war uns wichtig, dass ganz schnell und unbürokratisch ein **Rettungsfonds des Bundes für kleine Unternehmen und Solo-Selbstständige** kommt. Wir haben auch eine Entschädigung für Eltern erreicht, die zu Hause bleiben müssen, weil Schule und Kita geschlossen haben. Zudem konnten wir dafür Sorge tragen, dass auch **Sozialverbände unter den Rettungsschirm kommen**.

Zum Schutz des Rechtsstaats haben wir auch erfolgreich darauf gedrängt, dass die Bundesregierung nicht einen **nationalen Epidemiefall** ohne den Bundestag ausrufen kann. Jetzt gilt: Der Bundestag wird einen Epidemiefall ausrufen und er kann ihn auch wieder aufheben.

Wir werden jetzt weiter dafür werben, auch die Maßnahmen umzusetzen, auf die wir uns bislang noch nicht mit der Regierung einigen konnten, die für uns aber nach wie vor wichtig sind. Darunter fallen beispielsweise **Prämien an diejenigen, die jetzt im Gesundheitssystem arbeiten** und Besonderes leisten.

Weitere Infos hier: www.gruene-bundestag.de/themen/corona-krise

Auch die **Länder** müssen jetzt entschlossen handeln, um die Corona-Krise einzudämmen und ihre Folgen abzumildern. Insbesondere unsere Gesundheits- und Katastrophenschutzbehörden wie auch die Polizei- und Ordnungsbehörden leisten derzeit immens wichtige Arbeit. Auch die Landesregierung hat bereits erste Maßnahmen und Instrumente zur Krisenbewältigung beschlossen. Da wir nicht im Landtag vertreten sind, können wir zwar nicht wie auf Bundesebene im Prozess mitwirken, **begleiten aber die Maßnahmen kritisch konstruktiv und regen dort Verbesserungen an, wo sie sachlich geboten sind**.

Dennoch: Wir haben an vielen Stellen Regelungslücken und auch Probleme, an die nicht gedacht wurde. Wir erwarten vor allem, dass die Landesregierung **beim angekündigten Soforthilfe-Programm nachsteuert** und nach bayerischem Vorbild Soforthilfen mindestens zwischen 5.000 und 30.000 Euro gewährt. Zudem darf es nicht so sein, dass diese mit der Bundes-Soforthilfe verrechnet wird.

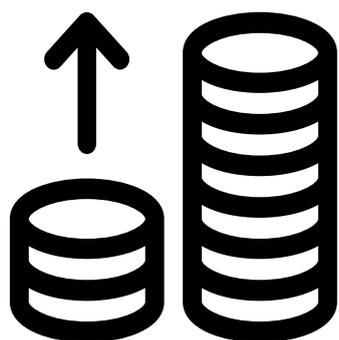
Die **Corona-Krise verändert auch unser politisches Arbeiten**: In der Krise fokussiert sich auch in den Medien viel auf die Regierung. Für uns ist deshalb schwieriger mit unseren Themen durchzudringen. Wir bleiben trotzdem dran und werden stärker auf neue Formate setzen.

Das Wichtigste ist aber: Bleibt gesund und helft mit, die Krise einzudämmen!

Herzliche Grüße

Tina Schöpfer
Landesvorsitzende Grüne Saar

Markus Tressel
MdB, Landesvorsitzender Grüne Saar



SOFORTHILFE: SAAR-REGIERUNG MUSS BEI DER HÖHE NACHSTEUERN

Tressel: Soforthilfen zwischen 5.000 und 30.000 Euro wie in Bayern gewähren.

Der saarländische Bundestagsabgeordnete und Grünen-Landeschef Markus Tressel hat die jetzt angekündigte Soforthilfe für Unternehmen begrüßt, fordert die Landesregierung aber auf, beim angekündigten Soforthilfe-Programm nachzusteuern. Die Landesregierung müsse nach bayerischem Vorbild Soforthilfen zwischen 5.000 und 30.000 Euro gewähren, um dem Unterstützungsbedürfnis auch etwas größerer Unternehmen gerecht zu werden. Zugleich sei heute bereits absehbar, dass weder das Volumen des Zuschussprogramms, noch das überschaubare Kreditprogramm ausreichen. Tressel erwartet, dass notwendige Hilfsgelder schnellstmöglich fließen und fordert die Landesregierung auf, notfalls ihre Notbewilligungskompetenz gemäß Artikel 107 der Saar-Verfassung in Betracht zu ziehen.

„Die Corona-Krise wird für immer mehr Unternehmen, Selbstständige und Freiberufler zur Überlebensfrage. Für viele geht es um nichts Geringeres als um die persönliche Existenz. Das angekündigte Soforthilfe-Programm ist überfällig, greift allerdings angesichts der Krise zu kurz. Zuschüsse zwischen 3.000 und 10.000 Euro werden dem realen Unterstützungsbedürfnis etwas größerer Unternehmen nur unzureichend gerecht. Die Landesregierung muss hier dringend nachsteuern und sich an die bayerische Regelung anlehnen, wonach je nach Erwerbstätigenzahl Zuschüsse zwischen 5.000 und 30.000 Euro gewährt werden. Bayern ist da mit gutem Beispiel vorangegangen“, sagt Markus Tressel, Bundestagsabgeordneter und Grünen-Landeschef.

Folglich müsse auch das Soforthilfe-Programm weiter erhöht werden. Tressel: „30 Millionen Euro werden absehbar nicht ausreichen und müssen mindestens verdoppelt werden.“ Tressel erwartet zudem, dass die Landesregierung sicherstellt, dass angesichts der Ausnahmesituation keine notwen-

digen Hilfsgelder an den engen Grenzen des beschlossenen Landeshaushalts oder an einem langwierigen parlamentarischen Haushaltsverfahren scheitern. „Um unverzüglich auszahlen zu können, muss die Regierung auch ihre Notbewilligungskompetenz gemäß Artikel 107 Absatz 1 der Verfassung des Saarlandes in Betracht ziehen. Die Sonderkompetenz ist gerade für unvorhergesehene, unbedingt notwendige und zeitlich unaufschiebbare Finanzierungsbedürfnisse da.“

Zudem brauche es darüber hinaus mehr finanzielle Unterstützungsangebote. Tressel: „Die angekündigten Hilfskredite von 25 Millionen Euro werden auch unter optimistischsten Gesichtspunkten nicht ausreichen. Wir brauchen ein umfangreiches Bürgschafts- und Darlehensprogramm von mindestens 100 Millionen Euro ohne Einbeziehung der Hausbanken, die oft bremsen. Zudem ist die landeseigene SaarLB in der Verantwortung. Wir brauchen jetzt schnell und ohne Umwege Liquidität für unsere Unternehmen.“

○ WICHTIGE INFORMATIONEN DER LANDESREGIERUNG DES SAARLANDES UNTER:

www.saarland.de/254042.htm

Ansprechpartner:

E-Mail: corona@wirtschaft.saarland.de

Tel.: 0681 501-4433

○ ANTRAG KLEINUNTERNEHMER SOFORTHILFE

www.saarland.de/254842.htm

www.saarland.de/dokumente/res_wirtschaft/Antrag_Soforthilfe.pdf

○ KURZARBEITERGELD

Informationen der Bundesagentur für Arbeit:

www.arbeitsagentur.de/news/corona-virus-informationen-fuer-unternehmen-zum-kurzarbeitergeld

- Ansprechpartner: Tel. 0681 944-6000
- Tel. 0800 45555-00 (Arbeitnehmer)
- Tel. 0800 45555-20 (Arbeitgeber)

○ IHK-Saarland

IHK stundet Beiträge, auch Ratenzahlung wird ermöglicht.

- Ansprechpartner: Tel. 0681 9520-600
- beitrag@saarland.ihk.de



ENGPASS BEI HÄUSLICHER PFLEGE VERMEIDEN

++ Häusliche Pflege im Saarland sicherstellen ++ Ausnahmen von Reisebeschränkungen prüfen ++

Vor dem Hintergrund der Grenzsicherungen und der hohen Anzahl von osteuropäischen Pflegekräften erwartet der saarländische Bundestagsabgeordnete und Grünen-Landeschef Markus Tressel von Bundes- und Landesregierung, die häusliche Pflege und Versorgung von Menschen sicherzustellen. Pflegebedürftige dürften nicht plötzlich ohne Betreuung dastehen.

„In der häuslichen Pflege und Versorgung von Menschen arbeiten zahlreiche Pflegekräfte aus Osteuropa, die verständlicherweise wegen der Krise in ihre Heimat zurückreisen wollen bzw. erst gar nicht mehr ins Saarland kommen. Diejenigen, die dennoch im Saarland arbeiten wollen, stehen wegen der Grenzsicherungen und Reisebeschränkungen vor großen Hürden“, sagt Markus Tressel, Bundestagsabgeordneter und Landesvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen Saar.

Bundes- und Landesregierung müssten nun schnellstmöglich Wege finden, die häusliche Versorgung vieler älterer Menschen sicherzustellen.

Tressel: „Wir müssen einen Engpass bei der häuslichen Pflege und Versorgung unbedingt vermeiden. Sozialministerin Bachmann muss dringend eruieren, wie viele Pflegebedürftige im Saarland betroffen sind und dabei auch die vermutete hohe Dunkelziffer nicht angemeldeter Tätigkeiten berücksichtigen. Niemand darf von heute auf morgen von notwendiger Pflege und Versorgung abgeschnitten sein.“

Möglich seien etwa Ausnahmen bei Reisebeschränkungen, Kurzarbeitsregelungen für pflegende Angehörige sowie ein landesweiter Pflegekräftepool, um Pflegekräfte bzw. Versorgungs- und Haushaltshilfen unbürokratisch zu vermitteln.

CORONA-KRISE: FRAUEN VOR HÄUSLICHER GEWALT BESSER SCHÜTZEN

++ Ferienwohnungen oder Hotels für schutzbedürftige Frauen anmieten ++

Angesichts der drastischen Einschränkungen des öffentlichen Lebens während der Corona-Krise und der damit zu erwartenden Zunahme von häuslicher Gewalt warnen die Saar-Grünen vor einem möglichen Kollaps der Frauenhäuser im Saarland.

Absehbar bräuchten mehr Frauen Schutz. Zudem drohten Aufnahmestopps durch Corona-Infektionen. Die Grünen-Politikerinnen Dillschneider und Steinmetz fordern Frauenministerin Bachmann auf, den Schutz von Frauen in der Krise unverzüglich sicherzustellen und regen dazu an, leerstehende Ferienwohnungen oder Hotels als Notunterkünfte für Frauen und ihre Kinder anzumieten.

„Immer mehr Expertinnen und Experten warnen davor, dass durch die eingeschränkte Bewegungsfreiheit die häusliche Gewalt stark zunehmen könnte. Frauen sind dabei ganz besonders gefährdet. Wir müssen alles unternehmen, um Frauen und ihre Kinder in diesen schweren Wochen bestmöglich zu schützen. Das fängt bereits darin an, Hilfsangebote für Opfer häuslicher Gewalt noch besser zu kommunizieren“, sagt Jeanne Dillschneider, stellvertretende Landesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen Saar.

Die Situation in den saarländischen Frauenhäusern sei ohnehin bereits angespannt. Dazu erklärt Sandra Steinmetz, Grünen-Fraktionsvorsitzende im Regionalverband Saarbrü-

cken: „Die drei Frauenhäuser in Saarbrücken, Neunkirchen und Saarlouis haben zusammen gerade einmal 31 Zimmer für Frauen und ihre Kinder. Immer wieder sind die Frauenhäuser nahezu ausgelastet oder müssen wegen Vollbelegung gar Frauen abweisen. Gibt es infolge der Corona-Krise nun deutlich mehr schutzbedürftige Frauen, stehen die Frauenhäuser vor dem Kollaps. Erschwerend kommt hinzu, dass ein möglicher Aufnahmestopp durch Corona-Infektionen nicht auszuschließen ist.“

Die Grünen-Politikerinnen fordern Frauenministerin Bachmann nachdrücklich auf, den Schutz von Frauen unverzüglich sicherzustellen. Dillschneider und Steinmetz: „In der Corona-Krise darf es keine Schutzlücke für Frauen geben. Wir erwarten von Frauenministerin Bachmann, nun schnell und unbürokratisch neue Notunterkünfte für Frauen zur Verfügung zu stellen. Das Ministerium könnte dazu Ferienwohnungen, Hotels oder ähnliche Unterkünfte anmieten, die jetzt während der Krise ohnehin leer stehen. Wir brauchen eine unkomplizierte Ausweitung von Plätzen in den kommenden Wochen.“

